

# **ADRA-Kinderzentrum erhält Stiftungspreis für gemeinnütziges Projekt**

Weiterstadt bei Darmstadt, 30.11.2014/APD Das „Kinderzentrum Regenbogen der Hoffnung“ in der Republik Moldau erhielt einen Preis der Town & Country Stiftung in Höhe von 5.000 Euro. Die 2009 gegründete Stiftung widmet sich der Förderung benachteiligter Kinder und unterstützt auch unverschuldet in Not geratene Familien in selbstgenutztem Wohneigentum. Betrieben wird das Kinderzentrum Regenbogen von der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) Deutschland mit Sitz in Weiterstadt bei Darmstadt.

Die Einrichtung befindet sich in der Republik Moldau, etwa 20 Kilometer außerhalb der Hauptstadt Chisinau. Dort würden nach Angaben von ADRA Deutschland Straßenkinder und Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen aufgenommen, ärztlich untersucht, medizinisch versorgt und wieder in den Schulalltag integriert. Angestrebt werde die Unterbringung in den eigenen Familien, bei Verwandten oder, wenn das nicht möglich sei, bei Pflegefamilien. Das Kinderzentrum entstand als Folgeprojekt der jährlich von ADRA Deutschland durchgeführten Aktion „Kinder helfen Kindern“.

„Ich bin froh, dass wir durch die Förderung der Stiftung eine gute finanzielle Grundlage für das Kinderzentrum im nächsten Jahr erhalten haben“, freute sich ADRA-Regionalkoordinatorin Anja Emrich. Der Town & Country Stiftungspreis richte sich bewusst an regional operierende gemeinnützige Organisationen, deren Projekte einer Vielzahl von Kindern zu Gute kämen. Pro Bundesland zeichnete die Stiftung bereits zum zweiten Mal Vereine und Einrichtungen aus, die benachteiligte Kinder in Familien, Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen unterstützen. Eine unabhängige Jury habe die Preisträger in

den vergangenen Monaten aus 176 Bewerbungen ausgewählt. Das „Kinderzentrum Regenbogen der Hoffnung“ erhielt die Auszeichnung für Hessen.

ADRA Deutschland wurde 1987 von der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet. Als Mitglied eines weltweiten Netzwerks mit 134 nationalen Büros arbeite ADRA Deutschland daran, dass der Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen der Welt Einhalt geboten werde, so Pressesprecher Martin Haase.

---

---

---

## **Acht Adventisten unter den 28 Opfern des Bus-Massakers in Kenia**

Mandera/Kenia, 29.11.2014/APD Mindestens acht Mitglieder der evangelischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sind unter den 28 Opfern des Massakers an Fahrgästen eines Linienbusses, das am Samstagmorgen, 22. November, im Nordosten Kenias durch Al-Shabaab-Terroristen verübt worden ist. Das bestätigten Vertreter der adventistischen Kirchenleitung in Ost-Zentralafrika, mit Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, auf Anfrage der australischen Kirchenzeitschrift „Record“.

Nach Angaben von CNSnews.com stoppten die Terroristen bei Mandera den Bus mit 59 Plätzen, der in Richtung Nairobi unterwegs war und hätten die Passagiere befragt, um herauszufinden, ob sie Muslime seien.

„Sie haben mich gefragt, wie oft ich am Tag bete und forderten mich auf, einen Koranvers auswendig aufzusagen“, sagte einer der Überlebenden des Massakers gegenüber „Daily Nation“. „Wer auf diese Aufforderungen nicht in befriedigender Weise antworten konnte, musste sich mit dem Kopf nach unten in die schlammige Straße legen“. Dort seien die Herausgesuchten erschossen worden.

Am 24. November berichtete „The Standard“, dass von einer kleinen adventistischen Kirchengemeinde in Mandera, im äußersten Nordosten Kenias, im Dreiländereck Kenia-Äthiopien-Somalia, mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder bei dem Massaker umgekommen sei. „Wir haben zehn Mitglieder verloren“, sagte der adventistische Pastor David Matheka gegenüber „The Standard“. Es wäre sehr wahrscheinlich, dass die Adventisten in diesem Frühbus auf dem Weg zum Gottesdienst gewesen seien.

Die militante Terrorgruppe Al-Shabaab, mit Basis in Somalia, hat die Verantwortung für das Verbrechen übernommen. In ihrer Erklärung bezeichnet sie die christlichen Opfer des Massakers als „Kreuzfahrer“. Der Angriff sei eine Vergeltung für Razzien der Polizei in der Vorwoche, welche diese in Moscheen von Mombasa, der zweitgrößten Stadt in Kenia, mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung, durchgeführt habe.

---

---

---

**Konstanz würdigt Reformator  
Hus 2015 mit „Jahr der**

# Gerechtigkeit“

Konstanz, 28.11.2014/APD Die Stadt Konstanz würdigt 2015, im Rahmen der Feierlichkeiten zum 600-jährigen Jubiläum des Konstanzer Konzils, den böhmischen Theologen und Reformator Jan Hus mit einem „Jahr der Gerechtigkeit“, teilte CBS KULTUR INFO mit. Der böhmische Reformator gilt als einer der Vordenker der Reformation. Jan Hus war mit dem Versprechen des freien Geleits zum Konstanzer Konzil gekommen, wurde dann aber inhaftiert und am 6. Juli 1415 als Ketzer in Konstanz verurteilt und verbrannt. Ein Jahr später ereilte seinem Gefährten Hieronymus von Prag das gleiche Schicksal.

Die Verurteilungen und Hinrichtungen der beiden böhmischen Gelehrten Jan Hus 1415 und Hieronymus von Prag 1416 gehören zu den Schattenseiten des Konstanzer Konzils (1414-1418). Jan Hus war nach Konstanz gereist, um seine theologischen Schriften zu verteidigen. Er hatte unter anderem kritisiert, dass die Kirche ihren Besitz mehre, viele Priester habsüchtig seien und forderte, dass man sich in Kirchenfragen auf die Bibel berufen sollte und nicht auf den Papst.

## **Der Prozess gegen Jan Hus auf dem Konstanzer Konzil 1415**

König Sigismund, dessen Bruder König in Böhmen, der Heimat von Hus, war, hatte ihm dafür „Freies Geleit“ (salvus conductus) zugesichert. Die Zusage sollte ihn vor Strafverfolgung schützen und für Hin- und Rückreise sowie die Zeit in Konstanz gelten. Auch Papst Johannes XXIII., sagte Hus seinen Schutz zu. Trotz des königlichen Geleitbriefes und der päpstlichen Schutzzusage wurde Hus am 28. November 1414 gefangen genommen. Das Kirchenverständnis von Hus gefährdete in den Augen der Konzilsväter die Autorität der Kirche. Die Begründung zu seiner Verhaftung trotz Geleitbrief war, dass man einem Häretiker gegenüber keine verbindlichen Zusagen machen könne. Außerdem falle die Beurteilung seiner Lehren in den Zuständigkeitsbereich der Kirche und nicht in den des Königs.

Unter den Anklägern waren die einflussreichen Kardinäle d'Ailly, ehemaliger Kanzler der Sorbonne, sowie Fillastre, Jurist, und ebenfalls einer der führenden Akteure des Konzils. Ihr Ziel war es, Hus zum Widerruf seiner Lehren zu bringen.

Zu Beginn des Prozesses wurde eine Kommission mit der Prüfung der Schriften des Jan Hus beauftragt. Zunächst wurde Hus in seinem Gefängnis verhört, später folgten Anhörungen im Konstanzer Münster. Dabei ging es insbesondere um seine Haltung zu der Lehre des englischen Theologen John Wyclif.

Hus lehnte einen Widerruf stets ab. Er war fest davon überzeugt, rechtgläubig zu sein. Auch die Autorität des Konzils erkannte er nicht an. Schließlich wurde Jan Hus am 6. Juli 1415 als Ketzer verurteilt. Nach der Urteilsverkündung erfolgte die Degradation, die seinen Ausschluss aus dem geistlichen Stand bedeutete. Damit wurde er nun der weltlichen Gewalt unterstellt. Nachdem ihm eine Papiermütze als Zeichen des Häretikers aufgesetzt worden war, wurde er zur Hinrichtungsstätte geführt. Einen erneuten Aufruf zum Widerruf lehnte Hus ab, woraufhin er verbrannt wurde. Um eine spätere Reliquienverehrung zu verhindern, wurde seine Asche in den Rhein gestreut.

### **Endloses Warten auf Kirchenreform**

Die vom römisch-deutschen König Sigismund und von Papst Johannes XXIII. für das Jahr 1414 nach Konstanz einberufene Kirchenversammlung sollte das seit mehr als 30 Jahren währende Große Abendländische Schisma – die Kirchenspaltung mit seit 1409 drei gleichzeitig amtierenden Päpsten – beenden und den drohenden Zerfall der katholischen Kirche verhindern. Mehr noch, es galt das Papsttum zu reformieren und gegen häretische Ideen vorzugehen. Diese Ziele, „causa unionis“ (Wiederherstellung der Einheit), „causa reformationis“ (Kirchenreform) und „causa fidei“ (Klärung von Glaubensfragen), bildeten die Grundlage für ein kirchenpolitisches Großereignis und machten Konstanz vier Jahre lang zum Zentrum europäischer Politik und zu einer

Plattform der kulturellen Begegnung und des Wissensaustausches.

Eine Reform der Kirche an „Haupt und Gliedern“ konnte vom Konstanzer Konzil jedoch nicht erreicht werden. Zwar wurde das Vorhaben auf zukünftige Konzilien vertagt, doch auch dort nicht gelöst. Rund einhundert Jahre später prangerte Martin Luther in seinen 95 Thesen die immer noch herrschenden Missstände in der Kirche an und gab damit den endgültigen Auslöser für eine Epoche, die den Namen „Reformation“ erhalten sollte.

Neben John Wyclif und Martin Luther zählt Jan Hus zu den drei herausragenden Persönlichkeiten des Reformationsprozesses im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit. Die Todesurteile gegen Jan Hus und Hieronymus von Prag zählen zu den Auslösern der Hussitenkriege, die im 15. Jahrhundert Europa verunsicherten. Die erbitterten Auseinandersetzungen um den Glauben prägten den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte bis heute.

Mit Internationalen und ökumenischen Gedenkveranstaltungen will die Stadt Konstanz im „Jahr der Gerechtigkeit“ an die beiden beständigen Männer erinnern und zur Auseinandersetzung mit Themen wie Toleranz, Umgang mit Andersgläubigen sowie Werten und ihrem Wandel anregen.

### **Konzilsgebäude**

Das Konstanzer Konzilgebäude von damals existiert noch heute. Es wurde zwischen 1388 und 1391 als Handelsstützpunkt und Markthalle am See gebaut. In diesem Gebäude fand lediglich das Konklave der Papstwahl im November 1417 statt, wo der römische Kardinal Oddo Colonna als Pontifex Martin V. präsentiert wurde. Der eigentliche Sitzungssaal des Konzils war der Bischofsdom, das heutige Münster.

### **Hus-Museum**

Das Gebäude, in dem Johannes Hus mit Freunden aus seiner

böhmischen Heimat während des Konstanzer Konzils vom 3. November 1414 bis zu seiner Festnahme als Ketzer am 28. November wohnte, wurde 1923 der Prager Hus-Museum-Gesellschaft für die Einrichtung einer Gedenkstätte überlassen. 1980 wurde es als Museum eingerichtet. Die Ausstellung dokumentiert Leben und Werk von Jan Hus. Weitere Schwerpunkte sind: Hus und das Konstanzer Konzil, Hieronymus von Prag, ein Freund von Hus, der ebenfalls auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde (1416), und Hus' Vermächtnis.

### **„Hussenstein“ zum Gedenken an Jan Hus**

Ein schwarzer, querliegender Findling mit der goldenen Inschrift Johannes Hus am vermuteten mittelalterlichen Richtplatz im Stadtteil Brühl, westlich der Altstadt, nahe der Schweizer Grenze, erinnert an die Verbrennung des Reformators. Der als „Hussenstein“ bezeichnete Findling erinnert zugleich auch an den ebenfalls auf dem Konstanzer Konzil am 30. Mai 1416 hingerichteten Hieronymus von Prag. Daher ist in die andere Seite des Steins Hieronymus von Prag eingraviert.

---

---

---

## **Neuer Generalsekretär der jährlichen Konferenz der Sekretariate der CWC**

Silver Spring, Maryland/USA, 27.11.2014/APD Dr. Ganoune Diop ist neuer Generalsekretär der jährlichen Konferenz der Sekretariate der „Christian World Communions“ (CWC – Weltweite Christliche Gemeinschaften). Einmal im Jahr treffen sich die Generalsekretäre oder vergleichbare Amtsträger von etwa 20

christlichen Weltgemeinschaften, wie Anglikanischer Konsultationsrat, Ökumenisches Patriarchat von Konstantinopel, Utrechter Union der Alt-Katholiken, Baptistischer Weltbund, Lutherischer Weltbund, Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, Päpstlicher Rat für die Einheit der Christen, Heilsarmee, Generalkonferenz der Siebenten-Tags-Adventisten, Mennonitische Weltkonferenz, Methodistischer Weltrat, Ökumenischer Rat der Kirchen und Weltweite Evangelische Allianz, zu einer informellen zwei- oder dreitägigen Tagung, um die Arbeit ihrer Kirchen vorzustellen und sich über aktuelle Fragen auszutauschen. Aufgabe des Generalsekretärs ist es, die jährlichen Konferenzen zu organisieren. Er wird für zwei Jahre gewählt, wobei mehrfache Wiederwahl die Regel ist.

Dr. Ganoune Diop stammt aus dem westafrikanischen Land Senegal und ist Pastor der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Als stellvertretender Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) in Silver Spring, Maryland/USA, ist er die Kontaktperson der weltweiten Kirche bei den Vereinten Nationen (UNO). Er studierte in Frankreich Theologie (Collonges) sowie Sprach- und Literaturwissenschaft (Paris) und promovierte an der Andrews Universität in Michigan/USA in Theologie im Bereich Altes Testament. Diop ist auch im Planungskomitee des „Global Christian Forum“ (Globales Christliches Forum) vertreten. Das Forum ist eine Plattform der Begegnung und des Gesprächs für christliche Kirchen und Gemeinschaften, um das gegenseitige Verständnis zu fördern sowie gemeinsame Herausforderungen aufzugreifen und anzusprechen.

Die Generalsekretäre der jährlichen Konferenz der Sekretariate der Christian World Communions sind seit einigen Jahrzehnten Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Von 1970 bis 2003 nahm das Amt Dr. Bert B. Beach und von 2003 bis 2014 Dr. John Graz wahr. Beach war ehemaliger und Graz ist jetziger Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und



## **Freikirchen engagiert für das Wohl von Kindern**

Stuttgart, 27.11.2014/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat die gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf das Wohl von Kindern in der Bundesrepublik in den Blick genommen. Dazu wurde am 25. November ein Fachgespräch in Stuttgart mit Vertretern aus Gesellschaft und Kirche abgehalten. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Kinder fördern – Kinder schützen“. Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass es in Freikirchen ein vielfältiges Engagement in dieser Hinsicht gebe.

„Uns geht es hier um die übrigen 20 Prozent“, betonte VEF-Präsident Präses Ansgar Hörsting bei der Veranstaltungseröffnung mit Bezug auf eine Umfrage, nach der 80 Prozent der Kinder in Deutschland mit ihrer Lebenssituation zufrieden seien. Staatliche Rahmenbedingungen reichten nicht, es werde auch ehrenamtliches Engagement benötigt, gab Marion von Wartenberg, Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, zu bedenken.

Uwe Hück, Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Porsche AG, richtete ein leidenschaftliches Plädoyer für Integration und Förderung von jungen Menschen an die Zuhörer. „Wer reich ist, hat eine Verpflichtung, in soziale Bereiche zu investieren“, so Hück. Unter Verweis auf das eigene Beispiel machte er deutlich, wie

so etwas aussehen könne. Hück unterstütze zahlreiche soziale Initiativen, vor allem im Bereich Bildung, Sport und Integration. 2013 gründete er eine Lernstiftung. Gleichzeitig mahnte Hück auch die Vermittlung von Werten an: „Jugend braucht Werte“ und Politiker benötigten Mut dazu.

Kinder und Jugendliche ganzheitlich zu fördern in einem Umfeld, das geprägt sei von Vertrauen und gegenseitigem Respekt, wäre das Bestreben der Pfadfinderschaft „Royal Rangers“ und des Jugendwerks des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden, stellte Pfadfinderleiter Peter Lehmann fest. „Dieser grundlegende Rahmen kann nur gewährleistet werden, wenn der Schutz vor Missbrauch in jeglicher Form natürlicher Teil unserer Arbeit ist.“

Nach Karin Toth, Referentin für Religionspädagogik der Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland (EmK), trage die EmK seit vielen Jahren dazu bei, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zum mündigen, selbst bestimmten und verantwortungsvollen Erwachsenen zu begleiten. Dennoch stünden Heranwachsende immer wieder in Gefahr, auf verschiedenste Weise Gewalt zu erfahren. „Gerade deshalb sind wir sehr engagiert, wenn es um Kinder und Jugendrechte, um Mitbestimmung und besonders um die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes geht“, merkte Toth an. Sie zeigte auf, dass die EmK – wie auch andere Freikirchen – sich der Missbrauchsprävention schon gewidmet hätte, bevor dies in der öffentlichen Berichterstattung zu einem großen Thema geworden sei: „Wir sensibilisieren die Mitarbeiter, um sexuellem Missbrauch vorzubeugen. Außerdem haben wir für den Notfall eine Anleitung, um schnell zum Schutz der Kinder reagieren zu können.“

Christian Rommert, Leiter des Gemeindejugendwerks des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (GJW), stellte die Kampagne „Auf dem Weg zur sicheren Gemeinde“ zum Kindes- und Jugendschutz vor, die es seit 2009 gebe. Auch Kirchengemeinden seien keine „Insel der Seligen“, da sich potentielle Täter

gezielt Orte suchten, die „unsicher“ seien. Vertrauen sei in Kirchen ein hohes Gut, das auch von Tätern leicht missbraucht werden könne.

„Wir sind mittendrin“, stellte die Vizepräsidentin der VEF, Bischöfin Rosemarie Wenner, in ihrem Schlusswort fest. Alle seien gefordert, ihren Beitrag zum Wohl von Kindern und Jugendlichen zu leisten.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zwölf Mitglieds- und zwei Gastmitgliedskirchen an. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist seit 1993 Gastmitglied der VEF. Insgesamt zählen zu den VEF-Kirchen über 250.000 Mitglieder. Weitere Informationen: [www.vef.de](http://www.vef.de)

---

---

## **Frau des US-Vizepräsidenten dankt ADRA Ukraine für Hilfsleistungen**

Kiew/Ukraine, 26.11.2014/APD Jill Biden, die Frau von US-Vizepräsident Joe Biden, besuchte am 21. November in Kiew eine Notunterkunft für Binnenvertriebene aus der Ostukraine der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Ukraine. Laut Andrew McChesney, Moskau-Korrespondent der amerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR), habe sie dem Hilfswerk sowie dessen Partnerorganisationen USAID und UNDP, Hilfsorganisationen der amerikanischen Regierung und der UNO, für die Unterstützung von Menschen gedankt, die aus der Ostukraine aufgrund von Gewalt vertrieben

worden seien.

„Viele Vertriebene haben nicht einmal eine vorübergehende Bleibe“ sagte Jill Biden. „Wegen des anbrechenden Winters, könnte sich diese Tragödie in eine Krise ausweiten, wenn wir nicht gemeinsam handeln.“

Gleichzeitig habe Joe Biden mit Petro Poroschenko, dem Präsidenten der Ukraine, über Maßnahmen gesprochen, die der angeschlagenen ukrainischen Wirtschaft helfen könnten.

### **Konflikt in der Ostukraine hat bereits 4.300 Tote gefordert**

Nach sieben Monaten des Konflikts im Osten der Ukraine zwischen nach Unabhängigkeit strebenden Separatisten und Regierungstruppen stehe das Land vor einem harten Winter. Laut UN-Angaben seien bei den Kämpfen mehr als 4.300 Menschen getötet worden und rund 460.000 in andere Teile der Ukraine oder über die Grenze nach Russland geflohen.

### **US-Regierung unterstützt mit drei Millionen US-Dollar Welternährungsprogramm**

Beim Besuch im Hauptsitz von ADRA Ukraine kündete E. Jed Barton, ein leitender Beamter der Hilfsorganisation der amerikanischen Regierung USAID, drei Millionen US-Dollar (2,4 Millionen Euro) als Unterstützung für das Welternährungsprogramm (WFP) der Vereinten Nationen an, um rund 120.000 Vertriebene in der Ukraine mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

### **Ukrainer helfen Ukrainern**

Laut „Adventist Review“ hätten ADRA Ukraine, die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und der adventistische Fernsehsender „Hope Channel“ in den letzten sechs Monaten in der Ukraine Geld für das Hilfsprojekt „Engel des Ostens“ gesammelt und 200 Tonnen Hilfsgüter verteilt. Dabei seien auch 28.200 Euro als Unterstützungsleistungen an Vertriebene ausgezahlt worden.

Das Hilfswerk ADRA Ukraine beherberge derzeit fünf Familien in

seiner Notunterkunft in Kiew, die Platz für 20 Familien bietet. In den vergangenen sechs Monaten hätten darin rund 400 Familien für die Dauer von einem Tag bis zu vier Monaten Schutz gefunden.

---

---

---

## **Wintersemester mit 53 neuen Studenten in Friedensau**

Friedensau bei Magdeburg, 25.11.2014/APD 53 neue Studentinnen und Studenten nahmen im Wintersemester 2014/2015 ihr Studium an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg auf. Davon haben zwölf Theologie und 41 Sozialwesen belegt. Damit sind dort insgesamt 195 Studierende, sieben mehr als im Vorjahr, eingeschrieben. 56 studieren Theologie und 139 Sozialwissenschaften. Zusätzlich gibt es noch elf im Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ und zwei Gasthörer. Von den ausländischen Studierenden kommen 67 aus insgesamt 32 Ländern.

Die 1899 gegründete und 1990 staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau bietet im Zuge des Bologna-Prozesses europaweit vergleichbare Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge an. An der Hochschule sind folgende Studiengänge möglich: Bachelor of Arts Theologie (B.A. – sechs Semester), Master of Arts Theologie (M.A. – vier Semester), Master of Arts Theological Studies (M.T.S. – englischsprachig vier Semester), Bachelor of Arts Soziale Arbeit (B.A. – sechs Semester), Bachelor of Arts Gesundheits- und Pflegewissenschaften (B.A. – berufsbegleitend neun Semester),

Master of Arts Counseling/Beratung (M.A. – vier Semester), Master of Arts International Social Sciences (M.A. – englischsprachig vier Semester), Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und Master of Arts Musiktherapie (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

Zur Hochschule gehören als wissenschaftliche Einrichtungen im Bereich Theologie die Institute Altes Testament und Biblische Archäologie (Leitung: Professor Dr. Friedbert Ninow), adventistische Geschichte und Theologie (Professor Dr. Rolf Pöhler), Kirchenmusik (Sebastian Kuhle), Arthur-Daniells-Institut für Missionswissenschaft (Professor Dr. Winfried Noack) und Religionsfreiheit (Dr. jur. Harald Mueller). Im Fachbereich Christliches Sozialwesen sind es die Institute Entwicklungszusammenarbeit (Professor Dr. Horst Friedrich Rolly), Familien- und Sozialforschung (Dr. Andreas Bochmann), Sucht- und Abhängigkeitsfragen (Professor Dr. med. Lothar Schmidt), Kulturrelevante Kommunikation und Wertebildung (Dr. Bojan Godina) sowie Musiktherapie (Professorin Dr. sc. mus. Petra Jürgens). Zur Hochschule gehören auch das Historische Archiv der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa (Dr. Daniel Heinz) und außer der Hochschulbibliothek die Freikirchenbibliothek des Vereins für Freikirchenforschung (VFF).

Publiziert werden die wissenschaftlichen Ergebnisse der Institute und des Archivs unter anderem in der Friedensauer Hochschulzeitschrift „Spes Christiana“ sowie in der Friedensauer Schriftenreihe A (Theologie), B (Gesellschaftswissenschaften) und C (Musik – Kirche – Kultur – Adventistica) des Peter Lang Verlages Frankfurt/Main. Die Hochschulbibliothek umfasst über 150.000 Medien. Darunter sind wissenschaftliche Monographien und Zeitschriften, Noten und Liederbücher, Musik und Filme, Unterhaltungsliteratur sowie Kinder- und Jugendbücher. Zugriff auf Online-Datenbanken und elektronische Zeitschriften erweitern den Bestand.

---

---

# **Wort der Evangelisch-methodistischen Kirche zu Flüchtlingen und Kirchenasyl**

Stuttgart, 24.11.2014/APD Der Vorstand der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland hat am 15. November unter der Überschrift „Mitbürger und Hausgenossen...“ ein Wort zu Flüchtlingen und Kirchenasyl veröffentlicht. Darin wird betont: „Positionen und Äußerungen, die Flüchtlinge primär als Gefahr und Bedrohung sehen und Ängste schüren, sind für uns mit dem Zeugnis des Evangeliums nicht vereinbar.“ Der Kirchenvorstand ruft stattdessen die evangelisch-methodistischen Gemeinden auf, sich aktiv um Flüchtlinge und Asylsuchende zu kümmern. „Die Liebe Jesu drängt uns, Verantwortung für Menschen in Not zu übernehmen und für sie Partei zu ergreifen“, heißt es in der Erklärung.

Das Papier macht dabei konkrete Vorschläge, wie Gemeinden aktiv werden könnten. So könne eine Gemeinde Flüchtlinge und Asylsuchende bei sich und in der Gesellschaft willkommen heißen, indem sie die Bewohner eines Flüchtlingsheims besuche oder diese in die Gemeinderäume einlade zum gemeinsamen Kochen, Essen, Spielen, Reden, Tanzen, Feiern und anderen Aktivitäten. Auch könnten in den Gemeinderäumen Gesprächs- und Begegnungsräume geschaffen werden. Zudem könnten Gemeindemitglieder Flüchtlinge und Asylsuchende bei Behördengängen, Arztbesuchen oder Schulgesprächen begleiten und die politische Gemeinde darin unterstützen,

menschenwürdigen Wohnraum für Flüchtlinge und Asylsuchende zu finden.

Der Kirchenvorstand ermutige die Gemeinden ausdrücklich, sich auch um Flüchtlinge zu kümmern, die von Abschiebung bedroht seien. Das könne als letzte Maßnahme auch Kirchenasyl einschließen, bis eine akzeptable Lösung gefunden wäre. „Viele Gemeinden haben den Einsatz für Flüchtlinge nicht nur als Aufgabe, sondern auch als Bereicherung erlebt“, heißt es in der Erklärung. „Deshalb ermutigen wir unsere Gemeinden, Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen und ihnen gegenüber gastfrei zu sein.“

Der vollständige Wortlaut der Erklärung kann im Internet unter <http://www.emk.de/fileadmin/meldungen-2014/141119-Fluechtlinge-und-Kirchenasyl.pdf> heruntergeladen werden.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **ADRA Deutschland unterstützt 582.000 Menschen in 30 Ländern**

Weiterstadt bei Darmstadt, 23.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hat im vergangenen Jahr über 582.000 hilfsbedürftige Menschen in 30 Ländern direkt oder indirekt unterstützt. Das geht aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht für 2013 hervor. Zum



Tätigkeitsfeld von ADRA Deutschland gehörten humanitäre Hilfe im Katastrophenfall sowie Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Einkommen, Katastrophenvorsorge und Ressourcenschutz.

„Als Teil eines global agierenden Netzwerks in mehr als 130 Ländern hilft ADRA Deutschland jährlich Millionen Menschen unabhängig von politischer, ethnischer, sozialer und religiöser Zugehörigkeit“, so der Bericht. Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe würden die Chancen dieser Menschen auf ein würdiges Leben verbessert. Schwerpunkte der Projektarbeit 2013 seien Hilfsmaßnahmen bei Hochwasserschäden in Deutschland gewesen, Nothilfe nach den Zerstörungen durch den Taifun „Haiyan“ auf den Philippinen und ein Projekt zur Erschließung von alternativen Nahrungs- und Einkommensquellen in der Mongolei.

Fast acht Millionen Euro habe das Hilfswerk im Jahr 2013 für seine Aufgaben ausgegeben. Dabei schlugen die Verwaltungskosten mit 22 Prozent zugrunde, während fast drei Viertel des Budgets in Entwicklungs- und Hilfsprojekte geflossen seien. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bestätigte, dass ADRA-Deutschland die Standards des DZI-Spenden-Siegels erfülle und vergab es für das kommende Jahr erneut.

Den Ausgaben standen Einnahmen in folgender Höhe gegenüber: 2,9 Millionen Euro aus privaten Spenden; 1,74 Millionen Euro seitens des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland; 1,4 Millionen Euro von der Europäischen Kommission Humanitäre Hilfe (ECHO); 0,91 Millionen Euro von der Europäischen Union; 0,37 Millionen Euro aus sonstigen Einnahmen; 0,23 Millionen Euro seitens der „Aktion Deutschland Hilft“; 0,18 Millionen Euro von ADRA-Schwesterorganisationen und 0,12 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Geschäftsführer Christan Molke teilte mit, Ziel des

Jahresberichtes sei es nicht nur, Rechenschaft darüber abzugeben, wie ADRA Deutschland mit den anvertrauten Mitteln umgegangen sei. Es gelte auch für bereits geleistete Unterstützung zu danken und erneut für Empathie und Solidarität mit der Arbeit von ADRA Deutschland zu werben. Bemerkenswert sei die Zunahme der privaten Spenden um mehr als 600.000 Euro. „Hier spiegelt sich die Wertschätzung für ADRA direkt wider, wofür wir sehr dankbar sind“, ließ Pressesprecher Martin Haase wissen.

Der Jahresbericht 2013 von ADRA Deutschland kann im Internet unter [www.adra.de/jahresberichte](http://www.adra.de/jahresberichte) heruntergeladen werden.

---

---

---

## **Wasserkraftwerk für Krankenhaus in 3.000 Metern Höhe**

Weiterstadt bei Darmstadt, 21.11.2014/APD Auf fast 3.000 Metern Höhe befindet sich das regionale Krankenhaus der Region Bamiyan im zentralen Hochland von Afghanistan. „Es ist eine lebenswichtige Anlaufstelle für die Menschen in der abgeschiedenen Region“, berichtet die Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, Mirjam Greilich. 5.100 Patienten würden dort im Monat behandelt.

Strom für das Hospital liefere bisher ein Dieselgenerator. Der dafür benötigte Treibstoff müsse jedoch mühsam in gut 20 Stunden Fahrt von Kabul über Bergpässe bis zum Krankenhaus gebracht werden. Der Kostenaufwand für den Dieselgenerator

liege pro Monat bei über 6.000 Euro. Durch die hohen Betriebskosten gebe es täglich im Krankenhaus nur wenige Stunden Strom. Im Winter falle die Versorgung oft ganz aus. Dann sei die ohnehin schwierige Straße für die Lastkraftwagen nicht passierbar, so Greilich. Die schlechte Energieversorgung wäre für das Krankenhaus fatal, da wichtige elektronische Diagnosegeräte und Ausrüstungen für Eingriffe mangels Strom häufig nicht verwendet werden könnten.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat ADRA Afghanistan eine Kleinwasserkraftanlage mit 46 Kilowatt Einspeiseleistung gebaut und vor dem Wintereinbruch in Betrieb genommen, so ADRA Österreich. Die Projektplanung und -leitung wurde von Marcel Wagner, Geschäftsführer von ADRA-Österreich, geleistet. Ein Fluss verlaufe nahe der Klinik. Durch die künftige Nutzung der erneuerbaren Energiequelle würden sich die Stromversorgungskosten drastisch reduzieren. Zwar friere auch dieser Fluss etwa zwei Monate im Jahr zu, doch dann könne das Krankenhaus mit Dieselvorräten betrieben werden. Nicht nur die Patienten des Hospitals, auch die insgesamt 150.000 Menschen der Region profitierten auf lange Sicht von diesem Projekt. Ihre medizinische Versorgung wäre nachhaltig gesichert.

Das Wasserkraftprojekt wurde gemeinsam finanziert von den ADRA Landesbüros in Deutschland, Österreich und der Schweiz, dem Katastrophenhilfefonds der adventistischen Kirchenleitung in West- und Südeuropa (EUD) sowie durch eine private Großspende aus der Schweiz.

---

---

---

# Papst fordert mehr Unterstützung für verfolgte Christen

Vatikanstadt, 19.11.2014/APD Papst Franziskus hat mehr internationale Hilfe für verfolgte Christen gefordert, berichtet Kathpress. Bei seiner Generalaudienz am 12. November auf dem Petersplatz habe er an die politischen Führer in der Welt und an „alle Menschen guten Willens“ appellierte, mehr zum Schutz der christlichen Gemeinschaften zu unternehmen, die unter „absurder Gewalt“ litten. Das erfülle ihn mit großer Sorge, so Franziskus. „Sie haben das Recht auf Sicherheit und Ruhe in ihren Ländern, um ihren Glauben frei zu leben.“ Auf die Lage in Syrien und im Irak ging er nicht ausdrücklich ein.

Laut Kathpress sicherte Franziskus den leidenden Christen seine spirituelle Nähe zu. Sie und ihre Priester habe er ermutigt, die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt nicht aufzugeben. Dafür gebe es jedoch derzeit keine Anzeichen.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

**Vereinzelt Fälle von  
Diskriminierung wegen**

# Religionszugehörigkeit in Deutschland

Hannover, 18.11.2014/APD Auch in Deutschland gebe es vereinzelt Fälle, in denen Menschen wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die von der Deutschen Vereinigung für Religionsfreiheit ab November 2013 durchgeführt wurde. „Insgesamt kann festgehalten werden, dass Diskriminierungen aufgrund der Religion auch im Bereich nichtmuslimischer Glaubensgemeinschaften vorkommen, sie allerdings nur vereinzelt erlebt und berichtet werden“, teilte Dr. Harald Mueller, Jurist und Vorstandsmitglied der Vereinigung mit.

Dreizehn nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften hatten sich an der Umfrage beteiligt. Neben der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland auch verschiedene Freikirchen, sowie die Neuapostolische Kirche, die Zeugen Jehovas, die Mormonen und die Bahai. Die Antworten hätten ein uneinheitliches Bild ergeben, so Mueller. Die Mehrzahl der Teilnehmenden habe mitgeteilt, dass Diskriminierungen wegen der Religion nicht konkret bekannt geworden seien. Es könne aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass es in Einzelfällen zu Diskriminierungen gekommen wäre.

Konkrete Diskriminierungserfahrungen seien von drei Glaubensgemeinschaften benannt worden. Bei Mitgliedern der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten komme es immer wieder zu Konflikten bis hin zum Arbeitsplatzverlust, da sie aufgrund ihres Verständnisses vom Samstag (Sabbat) als biblischem Ruhetag im Berufsleben beeinträchtigt seien, wenn von ihnen Arbeit an diesem Tag verlangt werde.

Von der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas seien mehrere Fälle berichtet worden, in denen Mitglieder eine Arbeitsstelle

nicht erhalten beziehungsweise verloren hätten, nachdem ihre Konfessionszugehörigkeit bekanntgeworden wäre. Bei der Glaubensgemeinschaft der Mormonen sei es vorgekommen, dass ein Kind von Mitgliedern in einem konfessionell geführten Kindergarten im Hinblick auf die Religionszugehörigkeit abgewiesen worden sei.

Die Umfrage mache laut Mueller deutlich, dass je weniger religiöses Handeln überhaupt auffalle, es desto weniger Diskriminierung zu geben scheine. Die Gefahr von Diskriminierung werde jedoch größer, je mehr das berufliche und gesellschaftliche Umfeld herausgefordert sei, Rücksicht auf ein bestimmtes religiöses Verhalten zu nehmen.

Die Deutsche Vereinigung für Religionsfreiheit e.V. ist ein Zweig der Internationalen Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit, die 1946 gegründet wurde und heute ihren Sitz in Bern hat. Ziel der Vereinigung ist die Förderung und Wahrung der Grundsätze der Religionsfreiheit. Gefördert wird die Arbeit durch die Freikirche der Siebententags-Adventisten. Weitere Infos: [www.dv-religionsfreiheit.org](http://www.dv-religionsfreiheit.org)

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Weltweite Evangelische Allianz und Papst rücken enger zusammen**

Bonn, 17.11.2014/APD Das nachstehende Interview mit Thomas Schirmacher, Vorsitzender der Theologischen Kommission der

Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), führte Moritz Breckner von der Zeitschrift „pro“ aus Anlass des Besuches einer WEA-Delegation am 6. November bei Papst Franziskus.

„Die Spitze der Weltweiten Evangelischen Allianz hat sich erneut mit Papst Franziskus beraten. Sie haben unter anderem beschlossen, sich gemeinsam für die biblische Ehe und gegen Menschenhandel einzusetzen“, berichtet der Theologe Thomas Schirmacher im „pro“-Interview.

*pro: Sie waren mit dem Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz zusammen beim Papst. Zum letzten Mal besuchten Sie ihn im Juni. Warum nun schon wieder?*

**Thomas Schirmacher:** Wir waren mit einer 22-köpfigen Delegation dort und haben gewissermaßen die Frucht der vielen Gespräche mit Papst Franziskus und verschiedenen päpstlichen Räten geerntet. Papst Franziskus und die WEA haben eine kleine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ab jetzt dauerhaft alle Gespräche und die Zusammenarbeit koordinieren soll. Die Delegation war so groß, weil vor und nach der Audienz jeweils unsere Fachleute mit den meisten Päpstlichen Räten oder mit konkreten Ausschüssen gesprochen haben.

*Mit welchen Fragen befassen sich diese Ausschüsse?*

Es gibt Ausschüsse gegen Menschenhandel, gegen Landminen und Kleinwaffen, zu Nuklearwaffen, und natürlich zur Religionsfreiheit und gegen Christenverfolgung. Gespräche gab es auch mit dem Päpstlichen Rat für Kommunikation über Bibelverbreitung, Filmproduktion und Nutzung der sozialen Medien. Zudem haben wir mit dem Päpstlichen Rat für interreligiösen Dialog und dem Rat für Familie gesprochen. Mit letzterem haben wir weitreichende Kooperationen vereinbart, um uns weltweit für die Ehe aus biblischer Sicht einzusetzen. Mitte November werde ich auf Einladung der Kongregation für die Glaubenslehre, der lange Zeit Kardinal Ratzinger vorstand, an einer internationalen Konsultation zum Thema Ehe

teilnehmen, unser Hauptredner wird Rick Warren sein.

*Der Papst und der Generalsekretär der WEA verkünden „ein neues Zeitalter“ der Zusammenarbeit zwischen Vatikan und Allianz. Heißt das: Reformation adé?*

Keine Seite hat Interesse an einer Art von Zusammenarbeit, welche die theologischen Unterschiede ignoriert oder einebnet. Im Gegenteil: Die neue Zusammenarbeit eröffnet ein noch respektvolleres, weiterhin ehrliches Gespräch, gerade auch über die Anliegen der Reformation. Deswegen hat die WEA auch entschieden, dass deren Theologische Kommission weiterhin die Federführung in der Zusammenarbeit hat, auch bei ganz praktischen und unumstrittenen Themen wie dem gemeinsamen Kampf gegen Menschenhandel.

*Warum konzentriert sich die WEA plötzlich so auf den Vatikan?*

Das kann man so nicht sagen. Am Mittwoch [12.11.2014, d. Red.] sind Geoff Tunnicliffe (der Generalsekretär der WEA, d. Red.) und ich in ähnlicher Mission beim Ökumenischen Patriarchen in Istanbul, dem Oberhaupt aller orthodoxen Kirchen. Im Januar finden ähnliche Gespräche mit der Spitze des Ökumenischen Rates der Kirchen statt. Wir wollen überall erreichen, dass wir nicht ad hoc, sondern koordiniert und fortlaufend miteinander reden und gemeinsam handeln, wo es unsere theologischen Unterschiede zulassen. Schon die politische Lage weltweit zwingt uns doch dazu, dass alle globalen christlichen Körperschaften nicht nebeneinander her arbeiten, als gäbe es die anderen gar nicht.

*Gibt es in der Allianz auch Widerstand gegen die Kooperation mit der Katholischen Kirche?*

Wir haben die breite Rückendeckung der nationalen und regionalen Allianzen weltweit, auch in Europa, wie die Generalversammlung der Europäischen Evangelischen Allianz in England kürzlich zeigte. Die Italienische Evangelische Allianz hat als einzige starke Bedenken, die wir – auch durch



zahlreiche Gespräche mit ihnen – ernst nehmen. Allerdings hat die Italienische Allianz bereits 2000 und 2002 beim Papst vorgesprochen, damals noch Papst Johannes Paul II.

Quelle: Christliches Medienmagazin „pro“ und „Bonner Querschnitte“ 324 – Nr. 38/2014

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/kirche/detailansicht/aktuell/allianz-und-papst-ruecken-enger-zusammen-90051/>

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **"Alle Opfer von Kriegen mahnen zum Frieden"**

Bonn, 16.11.2014/APD Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, hat aus Anlass des Volkstrauertages vor einem zunehmenden militärischen Denken in der Gesellschaft gewarnt und stattdessen dazu aufgerufen, zivile Konfliktlösungen nicht aus dem Blick zu verlieren. „Es darf nicht sein, dass angesichts der zunehmenden Zahl von Konflikten in der Welt immer nur der Ruf nach dem Militär erschallt. Zivil geht vor Militär“, betonte Brahms, der auch der Leitende Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist.

Dabei kritisierte der EKD-Friedensbeauftragte erneut die Vielzahl der Rüstungsexporte aus Deutschland. „Es ist ein Skandal, dass Deutschland derzeit drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist. Angesichts unserer Geschichte mit zwei

Weltkriegen ist hier ein Umdenken angesagt.“ Besonders der Export von Kleinwaffen sei dem Theologen ein Dorn im Auge. „Diese Waffen werden oft nicht beachtet, aber gerade Handfeuerwaffen spielen in Bürgerkriegen eine wichtige Rolle.“ Brahms unterstütze daher die Bestrebungen in der Bundesregierung, Waffenexporte restriktiver zu handhaben.

Er forderte die Bundesregierung aber auch zu einer aktiveren Friedenspolitik auf. Dazu gehöre es, die Instrumente einer zivilen Konfliktbearbeitung deutlich auszubauen. „Es gibt viele solcher Instrumente wie den Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung oder das Zentrum für internationale Friedenseinsätze, sie sind aber kaum politisch verankert und finanziell im Gegensatz zur Bundeswehr unzureichend ausgestattet“, klagt der EKD-Friedensbeauftragte. Hier könne Deutschland international ein deutliches Signal setzen und mehr Verantwortung übernehmen.

Mit Blick auf den Volkstrauertag mahnte Renke Brahms, an diesem Tag nicht nur der gefallenen Soldaten zu gedenken, sondern auch die vielen zivilen Opfer von Gewalt und Krieg nicht aus dem Blick zu verlieren. „In Kriegen und kriegerischen Konflikten sterben nicht nur Soldaten, sondern viele unschuldige Menschen, darunter auch viele Kinder. Dies sollte beim Gedenken am Volkstrauertag nicht in Vergessenheit geraten. Alle Opfer von Kriegen mahnen nachdrücklich zum Frieden.“

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Position der Adventisten zum geplanten österreichischen Islamgesetz

Wien/Österreich, 14.11.2014/APD „Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat sich seit jeher für religiöse Freiheit aller Glaubensrichtungen eingesetzt“ und begrüße daher grundsätzlich die Initiative der österreichischen Regierung, das Islamgesetz an neue Gegebenheiten anzupassen, um ein geregelter Miteinander von Religionsgemeinschaften und Staat zu ermöglichen. Das schreibt die adventistische Kirchenleitung in Österreich in einer Stellungnahme zum geplanten Islamgesetz.

Es gebe einige entscheidende Bereiche im vorliegenden Gesetzesentwurf, die problematisch seien, weshalb die Adventisten dem Gesetz in der gegenwärtigen Form ablehnend gegenüber stünden und für eine völlige Neubearbeitung nicht nur des Islamgesetzes, sondern auch des Bekenntnisgemeinschaftsgesetzes plädierten. Eine Umsetzung des vorliegenden Gesetzesentwurfs gefährde den Religionsfrieden in Österreich, so die Stellungnahme der Adventisten.

## **Betroffene?**

Der Gesetzesentwurf mache eine diffuse Situation hinsichtlich der darunter fallenden „unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Ausprägungen innerhalb des Islam sichtbar“, schaffe aber keine Klarheit oder Struktur, sondern löse vielmehr Ängste und Befürchtungen bei den Muslimen aus, in einen außerrechtlichen Status zu fallen. Es sei unklar, „welche Moslems nach Inkrafttreten des Gesetzes überhaupt noch Mitglied einer anerkannten Religion sein werden“.

## **Anerkennung**

Alle muslimischen Gemeinschaften, die von vorne beginnen

müssten, um über die „kleine Anerkennung“ als „eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“ und dann unter Nachweis eines Mitgliederbestands von zwei Promille der Gesamtbevölkerung die „große Anerkennung“ der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften anzustreben, könnten dies erst nach zehnjährigem Bestehen als eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft angehen.

### **Zwei Promille Klausel**

Das derzeit bestehende Gesetz sei von Kirchenrechtsexperten schon wiederholt als „Anerkennungsverhinderungsgesetz“ bezeichnet worden. Es diskriminiere wegen der Zwei-Promille-Mitgliederzahlforderung jene Religionsgemeinschaften, die eine geringere Mitgliederanzahl hätten und sich deswegen, wie die adventistische Kirche in Österreich, mit der Eintragung als religiöse Bekenntnisgemeinschaft begnügen müssten. Rund die Hälfte der Kirchen, die bereits heute den Status der vollen gesetzlichen Anerkennung hätten, erfüllten aber nicht die zwei Promille Forderung. Das sei gegenüber jenen Religionsgemeinschaften diskriminierend, welche dieser Forderung auch nicht entsprechen würden. Ein ähnliches Schicksal als „Gläubige zweiter Klasse“ scheine nun vielen derzeit in Vereinsform organisierten Glaubensrichtungen der islamischen Bevölkerung in Österreich zu erwarten. Die Siebenten-Tags-Adventisten fordern in ihrer Stellungnahme, dass die gegenwärtig hitzige Diskussion zum Anlass genommen werden solle, das „gesamte Verfahren der Anerkennung von Kirchen und Bekenntnisgemeinschaften völlig neu zu regeln“.

### **Ausbildung von Imamen und Gelehrten in Österreich**

Es sei begrüßenswert, dass der Staat Sorge tragen wolle für die wissenschaftliche Ausbildung des geistlichen Nachwuchses (§ 15). Allerdings entstehe der Eindruck, dass der Staat die für diese Ausbildung Verantwortlichen ernenne und sie den Religionsgesellschaften nur zur Stellungnahme vorlege, was Widerspruch hervorrufen werde.

### **Deutsche Übersetzung des Koran**

Die Forderung des geplanten Gesetzes (2. Abschnitt § 6) nach „Darstellung der Lehre, einschließlich eines Textes der wesentlichen Glaubensquellen (Koran), der den Inhalt in deutscher Sprache wiedergibt“, werde von den betroffenen Gläubigen „als eine Forderung nach einem Einheitskoran in deutscher Sprache verstanden“. Diese Forderung im vorgelegten Gesetzestext sei unklar und löse Irritationen aus, so die Adventisten in ihrer Stellungnahme. Da auch von keiner christlichen Religionsgemeinschaft verlangt werde, dass sie im Anerkennungsprozess eine Bibelübersetzung einreichen müsse, die dann als Grundlage für die Abgrenzung von anderen christlichen Überzeugungen genommen werde, sei davon auch bei muslimischen Gemeinschaften abzusehen.

### **Adventisten in Österreich**

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich hat seit Juli 1998 den Status einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft. Es gehören ihr 4.125 Mitglieder an, die sich durch die Glaubenstaufe angeschlossen haben. Adventisten zählen einige Hundert Kinder und Jugendliche nicht als Mitglieder, da sie die Kindertaufe nicht kennen, sondern es den Jugendlichen selbst überlassen ob und wann sie sich durch die Erwachsenentaufe der Kirche anschließen wollen.

Weitere Angaben zur Kirche, ihrer Herkunft und Geschichte finden sich auf der Website: [www.adventisten.at](http://www.adventisten.at)

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **Gebetswoche der Adventisten: "Menschen dienen, wie Jesus es tat"**

Ostfildern bei Stuttgart, 13.11.2014/APD Unter dem Motto „Allein die Vorgehensweise Christi – Menschen dienen, wie Jesus es tat“, findet im November die jährliche, weltweite Gebetswoche der Siebenten-Tags-Adventisten statt. Die 560 Adventgemeinden in Deutschland führen die Gebetswoche vom 15. bis 22. November mit besonderen Gebetsversammlungen in Hauskreisen oder in Kirchenräumlichkeiten durch.

Die acht „Lesungen“ stammen vom Präsidenten der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), Pastor Ted N. C. Wilson (1. Lesung), von verschiedenen adventistischen Persönlichkeiten aus dem theologischen und medizinischen Bereich der Weltkirche (Lesungen 2 bis 7) sowie die 8. Lesung von der Mitbegründerin der Freikirche, Ellen G. White (1827-1915).

Als ergänzendes Material enthält die Ausgabe der „Lesungen“ für Deutschland und die deutschsprachige Schweiz in der Heftmitte weitere Zusatzthemen für das gemeinsame Studium und für Gruppengespräche. Es geht dabei um verschiedene Aspekte des Gebets.

## **Gebetswoche für Kinder**

Für die parallel stattfindende Gebetswoche der Kinder gibt es ein eigenes Materialheft mit dem Thema „Den Menschen dienen wie Jesus“. Verfasserin ist Dr. Linda Mei Lin Koh. Sie ist Direktorin der Abteilung Kinder der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten. Die nächste Gebetswoche für adventistische Jugendliche findet in Deutschland vom 21. bis 28. März 2015 statt.

## **Gebetstagsgaben**

Zum Abschlussgottesdienst der Gebetswoche gehört auch die traditionelle Sammlung für die weltweite Mission der Freikirche. Im letzten Jahr betrug die „Gebetstagsgaben“ der rund 35.00 Adventisten in Deutschland 640.000 Euro.

Der Advent-Verlag Lüneburg stellt folgende Lesungen zum kostenlosen Download zur Verfügung:

Deutschsprachige Gebetslesung für Erwachsene:

<http://www.advent-verlag.de/cms/cms/upload/gebetswoche/Gebetswoche-2014.pdf>

Englische Gebetslesung für Erwachsene:

<http://www.advent-verlag.de/cms/cms/upload/gebetswoche/Gebetswoche%202014-englisch.pdf>

Deutschsprachige Gebetslesung für Kinder:

<http://www.advent-verlag.de/cms/cms/upload/gebetswoche/Kindergebetswoche-2014.pdf>

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Adventisten in Nordamerika "erwachsen" geworden und finanzstark**

Lüneburg, 12.11.2014/APD Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ordination von Frauen zum Pastorendienst während der Oktober-Sitzung des Exekutivausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) in Silver Spring,

Maryland/USA, wurden die rund 300 Mitglieder des Ausschusses dazu aufgerufen, bei Meinungsverschiedenheiten miteinander „respektvoll, demütig und in der Gesinnung Christi“ umzugehen. Bei der Aufbereitung der Thematik Anfang November im Exekutivausschuss der Freikirche in Nordamerika gab deren Präsident, Pastor Daniel R. Jackson, diese Bitte an die anwesenden Delegierten weiter: „Es gehört nicht zu unserem Auftrag, uns gegenseitig zu bekämpfen, weil wir nicht einer Meinung bezüglich der Ordination von Frauen sind“, betonte er. „Wir haben das Recht, zu widersprechen, aber Gott hat uns die Verantwortung gegeben, seine Liebe mit anderen zu teilen.“

### **Für einen anständigen Diskurs**

Als Antwort auf Jacksons Aufruf verabschiedeten die Anwesenden eine Vier-Punkte-Erklärung für einen „anständigen Diskurs“. Laut dem Onlinedienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ werde darin zunächst ermutigt, Widerspruch zu äußern, solange dieser ehrlich und vom aufrichtigen Wunsch motiviert ist, zur Wahrheit zu gelangen. Im zweiten Punkt beschlossen die Delegierten, „zuerst mit denen zu reden, deren Ansicht wir nicht teilen, und ihnen nicht-wertend zuzuhören, damit wir ihre Position korrekt wiedergeben können, bevor wir sie kritisieren“. Punkt drei lautet: „Wir beschließen, den Gebrauch von Sarkasmus, Karikaturen, Anekdoten, Verspottung und jede andere Form versteckter Andeutungen zu meiden, die dazu dient, den Ruf oder die Persönlichkeit anderer herabzuwürdigen.“ Im Punkt vier beschlossen sie, keine Online- oder Offline-Kommunikation zu dulden, die den guten Namen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Allgemeinen oder den Ruf einzelner Mitglieder im Besonderen diffamiert oder herabsetzt.

Das alles geschehe mit dem Ziel, die Kommunikation gemäß den hohen Standards eines christlichen Verhaltens zu führen, „damit Gott durch alles verherrlicht wird, was wir sagen und tun“.

### **Wachstumsrate zurückgegangen**



In seinem Rechenschaftsbericht wies Generalsekretär G. Alex Bryant auf den Mitgliederrückgang im vierten Jahr in Folge hin – sowohl in den USA als auch in Kanada. Zwar sei die Mitgliederzahl im Jahr 2013 um 17.541 Personen auf 1.184.395 gewachsen, aber die Wachstumsrate wäre von 3,41 Prozent in 2012 auf 3,19 Prozent in 2013 zurückgegangen (2011 betrug sie 3,15 Prozent, in 2010 waren es 3,63 Prozent und in 2009 sogar 4,19 Prozent).

Bryant bemerkte dazu, dass auch die nordamerikanischen Adventisten nicht vom allgemeinen Trend in der Weltkirche verschont würden: Während 32 Millionen Menschen in den vergangenen 30 Jahren weltweit getauft worden seien, hätten gleichzeitig elf Millionen die Kirche verlassen.

### **Erwachsen geworden**

Bei der Novembersitzung wurde laut dem Onlinedienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ auch die Frage nach einem eigenen Verwaltungssitz für die nordamerikanische Kirchenleitung behandelt. Zwar gibt es diese schon seit 1913, doch bildete sie jahrzehntelang eine Verwaltungseinheit mit der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz). Obwohl die Verwaltungseinheit inzwischen aufgehoben wurde, behielt die nordamerikanische Kirchenleitung ihre Büros im Verwaltungsgebäude der Generalkonferenz bei. Unabhängig wirtschaftlicher Überlegungen gebe es mindestens zehn Gründe für einen Auszug, von denen der erste die Selbstbestimmung sei, hob Präsident Jackson gegenüber den Delegierten hervor. „Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika hat das Bedürfnis, ihren einzigartigen Verkündigungsauftrag nach Strategien wahrzunehmen, die relevant und funktionsfähig für ihr Gebiet sind. Es wird Zeit, dass wir erwachsen werden und das Elternhaus verlassen.“

Als alternative Standorte hätten Dallas, Denver und Atlanta zur Debatte gestanden. Die Mehrheit habe sich jedoch für einen Verbleiben im Großraum Washington ausgesprochen. Einen Zeitplan für den Auszug gebe es noch nicht.

## **Finanzstark**

Die nordamerikanische Kirchenleitung ist eine von 13 kontinentalen Kirchenleitungen („Divisionen“) der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten. 1.184.395 als Erwachsene getaufte Personen versammeln sich in 5.448 Kirchengemeinden, für die 4.150 Pastoren zuständig sind.

Immer noch würden die nordamerikanischen Adventisten wesentlich zur Finanzierung der Arbeit der Weltkirche beitragen. Laut Robert Lemon, Schatzmeister der Weltkirchenleitung, gingen im letzten Jahr 50 Prozent der Spenden für die weltweite Mission allein von den Adventisten aus Nordamerika ein. Die weiteren 50 Prozent würden die rund 17 Millionen Mitglieder in den anderen Kontinenten aufbringen.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# **"Ohne Gewehr und Krieg. Menschen, die aufbauen"**

## **350 Jahre „Mennistenkonzession“ in der Kurpfalz**

Bammental bei Heidelberg, 11.11.2014/APD Mennoniten von links und rechts des Rheins feierten am 8. November in der Heidelberger Hoffnungskirche der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) ein „Fest der Freiheit, der Toleranz und des Miteinanders“, denn vor 350 Jahren wurden die „Mennisten“ erstmals offiziell geduldet. Am 4. August 1664 unterzeichnete der Pfälzer Kurfürst Karl Ludwig in Heidelberg seine

„Mennistenkonzession“ und legalisierte damit die Ansiedlung aus der Schweiz eingewanderter Täufer. Ehemals als Ketzer Verfolgte erhielten ein Bleiberecht und halfen beim Aufbau des im 30-jährigen Krieg zerstörten Landes.

Schon seit Kriegsende 1648 wären täuferische Flüchtlinge aus der Schweiz in die Kurpfalz eingesickert. „Ihr Aufenthalt war jedoch illegal, ihre Versammlungen verboten“, berichtete der Täuferhistoriker Wolfgang Krauß. In seinem Duldungserlass stellte der Kurfürst „verschiedene Absonderlichkeiten“ der „Mennisten“ fest, etwa dass „sie sich des Gewehrs und aller Kriegshändel entäußern“. Hatte der Pazifismus der Täufer und ihre Ablehnung der Kindertaufe sie auch in der Kurpfalz 100 Jahre zuvor noch den Kopf gekostet, so interessierte laut Krauß das jetzt nicht weiter, „weil wir zuvörderst Menschen und Untertanen benötigen, die das verödete Land wieder aufbauen und instand bringen“, so Kurfürst Karl Ludwig.

Zum ersten Mal formulierte 1664 mit der Kurpfalz ein bedeutender Staat in Süd-deutschland ein Bleibe- und Existenzrecht für Menschen abweichenden Glaubens. Der Westfälische Friede von 1648 erwähnt nur Katholiken, Lutheraner und Reformierte als rechtlich zulässig. Mit der Bezeichnung „Mennisten“, nach dem Täuferführer Menno Simons (1496-1561), umging der Kurfürst die nach Reichsrecht noch immer drohende Todesstrafe für „Wiedertäufer“. Die Täuferbewegung, oft als „linker Flügel der Reformation“ bezeichnet, war hierzulande bis Ende des 16. Jahrhunderts durch unnachgiebige Verfolgung auch in der Kurpfalz ausgelöscht worden.

Die „Mennistenkonzession“ markiere, so der Täuferhistoriker, einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der Freiheits- und Menschenrechte. Zeitbedingt zunächst als fürstliches „Privileg“ für eine Gruppe religiöser Nonkonformisten formuliert, mit manchen Einschränkungen und erhöhter Steuerlast versehen, könne sie jedoch als Vorläuferin der heutigen Grundrechte betrachtet werden. Das Recht auf

Kriegsdienstverweigerung als Konkretion der Religions- und Gewissensfreiheit und seine Ausgestaltung im Zivildienst seien nach dem Zweiten Weltkrieg auch im Dialog mit den Mennonitengemeinden und auf dem Hintergrund ihrer Geschichte ins Grundgesetz aufgenommen worden.

Wolfgang Krauß merkte aber auch selbstkritisch an, dass die Duldung ein zweischneidiges Schwert gewesen sei. Die Mennoniten hatten einen Ort zum Überleben und konnten sogar wirtschaftlichen Erfolg erreichen. Doch sie hätten sich notgedrungen den Bedingungen der Duldung angepasst und so habe sich nach und nach die Entschiedenheit ihres Glaubens samt ihres an der Nachfolge Jesu orientierten Pazifismus relativiert. „Erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine Rückbesinnung ein“, teilte der Historiker mit.

Das Dokument von 1664 sei immer noch aktuell. Es werfe ein Licht auf heutige Herausforderungen des Zusammenlebens, der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten sowie der Toleranz zwischen Religionen und Kulturen, betonte Krauß.

Das Fest „350 Jahre Mennistenkonzession in der Kurpfalz 1666-2014“ wurde in Heidelberg unter dem Motto „Ohne Gewehr und Krieg. Menschen, die aufbauen“ durchgeführt von der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Mennonitengemeinden (ASM), dem Verband deutscher Mennonitengemeinden (VdM) und dem Mennonitischen Geschichtsverein (MGV).

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

# Ungeschlagen und ungebrochen aus dem Gefängnis marschiert

## Misshandlung britischer Adventisten als Nichtkämpfer im Ersten Weltkrieg

Silver Spring, Maryland/USA, 10.11.2014/APD 14 adventistische Soldaten legten im November 1917 während des Ersten Weltkriegs um 16 Uhr an einem Freitag ihre Arbeitsgeräte zur Seite, um sich auf den Sabbat, den biblischen Ruhetag, vorzubereiten. Doch ihre Unteroffiziere standen schon bewaffnet mit Knüppeln, Pistolen und Stiefeln bereit. Die Soldaten wurden brutal zusammengeschlagen. Danach warf man die britischen Rekruten in kleine Gefängniszellen und fesselte sie mit viel zu engen Handschellen auf dem Rücken. Den Leidensweg dieser adventistischen Kriegsdienstverweigerer schilderte Viktor Hulbert, Abteilungsleiter für Kommunikation und Medien der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien, in einem Artikel in der nordamerikanischen Zeitschrift „Adventist Review“.

Bei den 14 jungen Männern handelte es sich um Theologiestudenten des adventistischen „Stanborough Missionary College“ in London, die zum Kriegsdienst einberufen worden waren. Sie kamen der Einberufung nach, weigerten sich jedoch, eine Waffe in die Hand zu nehmen und an ihrem Ruhetag, dem Sabbat, der nach der Bibel von Freitagabend bis Samstagabend gefeiert wird und mit dem Sonnenuntergang beginnt sowie endet, Dienst zu tun. Deshalb wurden sie eingesperrt und geschlagen. Sie litten Hunger und mussten Toiletten mit der bloßen Hand reinigen. Sie wurden gefoltert, indem man sie mit Ketten an das große Rad einer Kanone fesselte und stundenlang der Sonne aussetzte. „Kreuzigung“ wurde diese gefürchtete Foltermethode genannt. Nach dem Krieg hätten sie selbst mit ihren engsten Familienangehörigen nicht über ihre Erlebnisse sprechen können, so Hulbert. Erst allmählich wären Einzelheiten ans

Licht gekommen.

### **Deutsche Adventisten handelten anders**

Als der Erste Weltkrieg Ende Juli 1914 ausbrach, befand sich Ludwig Richard Conradi, damals ein deutschstämmiger amerikanischer Staatsbürger und Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, zu einer Konferenz der britischen Adventisten in London. Conradi hätte die Versammlung wegen des Kriegsbeginns vorzeitig verlassen müssen und sei nach Hamburg zurückgekehrt, wo sich der damalige Verwaltungssitz der europäischen Adventisten befand. Der Kirchenleiter habe in Deutschland die Auffassung vertreten, dass in einem Krieg das Vaterland in Gefahr wäre, sodass auch Adventisten selbst am Sabbat Waffendienst leisten sollten. Diese Einstellung habe unter den dortigen Mitgliedern der Freikirche zu großen Spannungen geführt, so Hulbert.

Die britische Freikirchenleitung hätte dagegen eine andere Haltung vertreten. Sie orientierte sich an dem Nichtkämpfer-Standpunkt der Adventisten im Amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Das sei nicht leicht gewesen, betonte Victor Hulbert. Die britischen Adventisten wären meist als Spinner und aus den USA exportierte Proletarier verachtet worden. Als die britische Regierung immer mehr Soldaten benötigte, wurde die Wehrpflicht eingeführt, sodass zwischen 1916 und 1918 etwa 130 junge Männer von den rund 3.000 Adventisten in Großbritannien einberufen wurden.

### **Kraft durch das Johannesevangelium**

Unter den ersten Einberufenen seien 14 Studenten vom Stanborough College gewesen. Sie kamen am 23. Mai 1916 zum 3. Nichtkämpferkorps in die Bedford Kaserne und bald danach mit dem Schiff nach Frankreich. Bereits auf dem Schiff habe man ihnen ungeachtet ihres Nichtkämpferstatus Gewehre ausgehändigt, deren Annahme sie verweigerten. Daraufhin seien sie bei der Ankunft im französischen Hafen Le Havre von den anderen Soldaten abgesondert worden und hätten auf dem Kai antreten müssen. Der Feldwebel habe einen Adventisten

herausgesucht, den er für den Anführer der Gruppe hielt, und ihm befohlen, schwere Steine von einer Seite des Kais auf die andere Seite zu bringen und danach alle Steine wieder zurückzutragen. Das habe der kommandierende Offizier, ein Oberst, beobachtet. Nachdem er erfuhr, dass es sich um Adventisten handele, hätte er befohlen, dass die jungen Soldaten keine Waffen tragen müssten und vom Dienst am Sabbat zu befreien seien. Die nächsten 18 Monate wären daher problemlos gewesen. Die 14 Adventisten hätten hauptsächlich als Hafenarbeiter Schiffe be- und entladen.

Im November 1917 übernahm ein anderer Offizier das Kommando, der das Arbeiten am Sabbat als zwingend notwendig erklärte. Als die Adventisten die Arbeit an ihrem Ruhetag verweigerten, wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt und zu sechs Monaten Zwangsarbeit im Militärgefängnis Nummer 3 in Le Havre verurteilt. Den Gefangenen seien ihre Bibeln abgenommen worden. Doch ein Adventist habe das Johannesevangelium verstecken können. Die einzelnen Seiten hätten die 14 Inhaftierten unter sich aufgeteilt, in ihren Mützen verborgen und beim Lesen aus dem Evangelium Kraft geschöpft. Trotz aller Misshandlungen sei keiner bereit gewesen, am Sabbat zu arbeiten.

Laut Viktor Hulbert scheint ein anglikanischer Militärgeistlicher durch die Schmerzensschreie auf die Gefangenen aufmerksam geworden zu sein. Als ihm der Zutritt zu ihnen untersagt wurde, habe er die adventistische Kirchenleitung informiert. Diese wandte sich im Januar 1918 an das Kriegsministerium. Nach einer Untersuchung wurden die 14 Soldaten etwa drei Monate nach ihrer Inhaftierung aus dem Gefängnis entlassen. Sie marschierten „ungeschlagen und ungebrochen, obwohl sie sich kaum wiedererkannten“, aus ihren Zellen. Die verantwortlichen Offiziere und Unteroffiziere wären bestraft worden. Im Juli 1918, vier Monate vor Kriegsende, konnten die Misshandelten die Armee verlassen. Einige von ihnen seien an den Folgen der in der Haft

erlittenen Gesundheitsschäden gestorben. Andere wären später als Pastoren, Missionare und Kirchenleiter tätig gewesen. Sie hätten im Zweiten Weltkrieg mahnend ihre Stimme erhoben, damit derartiges nicht erneut geschehe.

---

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **"Neue Ära" zwischen Evangelikalen und Rom**

### **Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz zu Besuch beim Papst**

New York/USA, 09.11.2014/APD Am 6. November traf sich in Rom eine Delegation der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) mit Papst Franziskus und Vertretern des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen. Dabei sei über Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei weltweiten Problemen, die beide Seiten betreffen würden, gesprochen worden, teilte die WEA mit. In seiner Ansprache habe WEA-Generalsekretär Dr. Geoff Tunnicliffe spezifische Handlungsschritte für die beiden Weltkirchengremien skizziert, die zu einer „neuen Ära in den evangelikalen und römisch-katholischen Beziehungen“ führen könnten.

„Der theologische Dialog zwischen dem vatikanischen Einheitsrat und der weltweiten Vertretung der Evangelikalen habe laut Papst Franziskus bereits 'neue Perspektiven eröffnet, Missverständnisse geklärt und Wege zur Überwindung



von Vorurteilen gewiesen'“, schreibt die Katholische Presseagentur Österreichs zum Treffen.

„Wir wissen um die Unterschiede zwischen unseren religiösen Traditionen, stehen aber auch zu jenen Bereichen, an denen wir in der Vergangenheit gemeinsam gearbeitet haben, und beten dafür, dass wir darauf aufbauen können“, sagte Dr. Tunncliffe in seiner Eröffnungsansprache. „Evangelikale sind eine sehr heterogene Gruppe, die Menschen und Kirchen aus pfingstlerischen Traditionen, Reformierte, Baptisten und Unabhängigen umfasst“, so der WEA-Generalsekretär. „Wir teilen den gemeinsamen Glauben an unseren Herrn Jesus Christus und den Wunsch, dem Reich Gottes zu dienen. Wir ermutigen zur persönlichen, spirituellen Erneuerung und Umwandlung und haben ein Verlangen, Jesus in der ganzen Welt bekannt zu machen.“

### **Gemeinsam gegen Menschenhandel und religiöse Verfolgung**

Laut WEA-Mitteilung habe Dr. Tunncliffe betont, dass es innerhalb der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), mit sieben regionalen und 129 nationalen Evangelische Allianzen, viele Länder gäbe, in denen die Gläubigen beider Gemeinschaften bereits kooperieren würden.

In vielen Städten auf der ganzen Welt, arbeiteten evangelikale und römisch-katholische Christen zusammen, um den Menschenhandel zu bekämpfen. Gleichzeitig hätten Gelehrte und Experten beider Seiten damit begonnen, gemeinsam auf die schrecklichen Folgen religiöser Verfolgung zu reagieren.

Die WEA habe nach Angaben des Berichts vorgeschlagen, künftig in den Bereichen Atomwaffenabrüstung und beim Kampf gegen extreme Armut zusammenzuarbeiten, sowie bei der Rückführung von Christen und andere ethnische Minderheiten im Nahen Osten an Orte, wo sie ihren Glauben frei von Angst leben und praktizieren könnten.

### **Theologische Unterschiede**

Es gebe zwar ein erhebliches Potenzial für eine verstärkte

Zusammenarbeit, aber auch theologische Unterschiede zwischen den beiden Körperschaften, welche in der Vergangenheit ein Hindernis für die Zusammenarbeit auch in Bereichen gemeinsamen Interessens dargestellt hätten. Daher habe Dr. Tunnicliffe vorgeschlagen, dass Diskussionen über theologische Gemeinsamkeiten und Unterschiede Teil dieses neuen Ansatzes sein sollten. Das werde „einen erzieherischen Wert für die eigenen Kirchenmitglieder haben und ein gutes Modell für die öffentliche Diskussion in einer multireligiösen Welt setzen“, erklärte der Generalsekretär.

Neben dem Besuch bei Papst Franziskus habe sich die WEA-Delegation mit weiteren Vertretern der römisch-katholischen Kirche getroffen, um über Religionsfreiheit, Friedensförderung, Familie und Islam zu diskutieren.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Ausbildung für junge "Waldmenschen" in Uganda**

Wien/Österreich, 07.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich plant rund um Kisoro im Südwesten Ruandas ein Projekt für 400 junge Batwa. Batwa bedeutet in ihrer Sprache „die Waldmenschen“. Die Minderheit lebte traditionell in den dichten Wäldern, die heute wegen der seltenen Berggorillas unter Naturschutz stehen. Bei Einrichtung dieser Nationalparks wurden die Batwa aus den Wäldern vertrieben und haben seither große Mühe, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Viele leben in bitterer

Armut.

ADRA Österreich plant, in den kommenden zwei Jahren 20 Jugendgruppen zu gründen, in denen mindestens 400 jugendliche Batwa lesen, schreiben und rechnen lernen. Sie sollen grundlegende landwirtschaftliche Kenntnisse erhalten sowie lernen, wie man ein Kleinunternehmen gründet und führt. In Spargruppen werden sie zum Sparen und damit auch zur Zukunftsplanung angeleitet und erhalten Zugang zu günstigen Kleinkrediten, um ein eigenes Einkommen erwirtschaften zu können.

Die Jugendgruppen sollen sie auch dazu befähigen, sich in der Gesellschaft gegen Diskriminierung stark zu machen und sich in ihren eigenen Reihen dafür zu engagieren, dass beispielsweise Kinder eingeschult werden, Frauen weniger Gewalt ausgesetzt sind und verantwortungsvoller mit Alkohol und anderen Rauschmitteln umgegangen wird.

Dank der Ko-Finanzierung durch die Stadt Wien werde jeder Euro an Spenden auf zwei Euro für das Projekt verdoppelt, teilte ADRA Österreich mit.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **ADRA Deutschland eröffnet in Berlin Hauptstadtbüro**

Berlin, 06.11.2014/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit Sitz in Weiterstadt bei Darmstadt eröffnete am 4. November ihr Hauptstadtbüro in

Berlin. Neben fünf weiteren Organisationen hat ADRA die Initiative des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) aufgenommen, ein eigenes Büro in der Stresemannstraße 72 einzurichten. An der gemeinsamen Eröffnungsfeier nahmen 150 geladene Gäste aus Politik und Gesellschaft teil.

Für eine erfolgreiche Arbeit sei die Abstimmung mit den Partnerorganisationen und der Bundesregierung unentbehrlich, begründet Geschäftsführer Christian Molke die neue Vertretung von ADRA Deutschland in Berlin. Das Büro ist der Abteilung Unternehmenskommunikation zugeordnet und wird von Axel Schröder geleitet.

Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO, begrüßte die Gäste mit dem Hinweis auf den gemeinsamen Bürotrakt, der mit „A“ wie ADRA beginne und mit „V“ wie VENRO ende. So könnten sich die Mitarbeiter der einzelnen Büros auf kurzem Weg begegnen und austauschen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller (CSU), wies in seinem Grußwort auf die zunehmende Bedeutung der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen hin. Es sei die Verantwortung der Zivilgesellschaft, an den politischen Entscheidungsprozessen des Staates mitzuwirken.

Beim anschließenden Rundgang durch die einzelnen Büros zeigte sich der Bundesminister besonders an dem Konzept der „ADRASHOPS“ interessiert. Geschäftsführer Molke erklärte, dass aus dem Verkaufserlös hochwertiger Gebrauchtartikel Projekte in Entwicklungsländern finanziert würden: „Unsere ADRASHOPS entsprechen dem gesellschaftlichen Trend für eine nachhaltige Ressourcennutzung und bewirken zusätzlich humanitäre Hilfe.“

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (International Nongovernmental Organization). ADRA Deutschland wurde 1987 von

der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Bundesrepublik gegründet. Getreu dem Motto „Damit Menschen wieder hoffen können“ arbeite ADRA Deutschland als Mitglied eines weltweiten Netzwerks mit 134 nationalen Büros daran, dass der Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen der Erde Einhalt geboten werde, so ADRA-Pressesprecher Martin Haase.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Medizinisches Zentrum der Adventisten in Bukarest eröffnet**

Bukarest/Rumänien, 03.11.2014/APD Am 29. Oktober eröffnete die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Bukarest „Premed“, das erste medizinische Zentrum der Freikirche in Rumänien. Laut Angaben der Kommunikationsabteilung der Kirche hat das Zentrum 2.500 Quadratmeter Nutzfläche und beschäftige 15 medizinische Fachkräfte. Mit einer Investition von 800.000 Euro sei „Premed“ die wichtigste und vielseitigste Klinik in der Hauptstadt, die sich mit zeitgenössischer Prävention von Krankheiten befasse und natürliche Heilmethoden anbiete. „Premed“ gehöre zum weltweit 700 medizinische Institutionen umfassenden „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Die Klinik in Rumänien sei ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des adventistischen Gesundheitssystems in Europa

und ermutige ihn sehr, sagte bei der Eröffnung Bernd Quoss, Geschäftsführer des adventistischen 170 Betten Akutkrankenhauses „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf. Dieser Schritt sei bedeutsam, weil die Freikirche in Europa, im Gegensatz zu den USA, nur über wenige Gesundheitseinrichtungen verfüge. Das Krankenhaus in Berlin wolle sich mit seiner 90-jährigen Erfahrung in der Zusammenarbeit einbringen.

Das „Premed“-Zentrum biete Rehabilitation, Physiotherapie, Physikalische Medizin und Anwendung von therapeutischen Bädern an. Zusätzlich gebe es in der Klinik 15 verschiedene Praxen mit Hausarztmedizin, Sonographie (EKG, medizinische Tests, Diagnose und Screening), HNO, Zahnheilkunde, Audiologie, Beratung und Psychotherapie.

„Neben den klassisch medizinischen Dienstleistungen werden wir Seminare zu gesundem Lebensstil, Ernährung und Kochkurse anbieten sowie jene unterstützen, die das Rauchen oder Trinken aufgeben wollen, ein Gewichtsreduktionsprogramm durchführen möchten oder psychologische und seelsorgerliche Beratung suchen“, sagte Svetlana Ciocarlan, Geschäftsführerin des „Premed“-Zentrums.

„Obwohl die Medizintechnik viele Fortschritte gemacht hat und Krankenhäuser zunehmend fortschrittliche Technologien anwenden, nehmen die Krebserkrankungen immer noch zu. Prävention und gesunde Lebensweise sind die einzigen Methoden, um Krankheiten und Leiden zu verringern“, betonte Professor Dr. Daniel Ion, einer der Ärzte der Klinik.

Der Kauf der „Premed“-Klinik sei unter Mithilfe der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, der rumänischen sowie der Kirchenleitung in der Walachei, der adventistischen PopaTatu Kirche in Bukarest sowie einem privaten Sponsor getätigt worden.

### **Adventisten in Rumänien**

In Rumänien mit knapp 20 Millionen Einwohnern feiern 66.300

erwachsen getaufte Adventisten in rund 1.100 Kirchen am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, den Gottesdienst. Sie unterrichten in sechs Grund- und Mittelschulen rund 900 Kinder, unterhalten eine Theologische Hochschule, ein Ausbildungsinstitut für Krankenpflege, einen Verlag, ein Medienzentrum sowie eine Radio- und eine Fernsehstation.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

---

## **Gewalt mit Gewalt bekämpfen kann nicht die Lösung sein**

Bonn, 02.11.2014/APD 2014 sei ein Jahr des Gedenkens und des Erinnerns, betonte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms. „Vor 25 Jahren zeigten die Menschen in der DDR, darunter auch viele Christen, in einer friedlichen Revolution, dass Widerstehen erfolgreich sein kann.“ So seien Mauern gefallen, Blöcke zerbrochen und der Kalte Krieg habe sein Ende gefunden. „Nicht mit Waffen und Gewalt, sondern mit Gebeten und Kerzen“, so Brahms, der auch der leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Das könne ein Beispiel für viele Konflikte sein.

Der EKD-Friedensbeauftragte warnte davor, sich angesichts der schrecklichen Bilder aus Syrien und dem Irak, der nach wie vor herrschenden Kriegsgefahr in der östlichen Ukraine oder anderer Konflikte in der Welt nur von einer militärischen Logik treiben und leiten zu lassen. „Militärische Gewalt schafft keinen Frieden und löst keine Probleme, sondern

schafft nur neue Konflikte. Vielmehr sei es wichtig, die zivilen und gewaltfreien Instrumente einer Konfliktbearbeitung nicht aus den Augen zu verlieren und sie zu fördern.

„Die Bilder aus dem Nahen Osten, die unbeschreibliche Gewalt der IS-Terroristen und das Leid der Zivilbevölkerung machen ohnmächtig und sprachlos, ja auch wütend.“ Dennoch sei Brahms überzeugt, dass Militärschläge oder Waffenlieferungen nicht die einzige Lösung sein könnten. „Es fehlt ein Mandat der Vereinten Nationen, eine Strategie, aber auch eine Zielkonzeption“, so der EKD-Friedensbeauftragte. Luftschläge oder die Ausweitung der Gewalt durch Waffenlieferungen an Konfliktparteien hätten seiner Einschätzung nach bisher nicht zu Lösungen geführt, sondern nur das Konfliktpotenzial noch weiter verstärkt. „Auch hier müssen wir als Christen widerstehen, wenn der vermeintlich alternativlose Ruf nach militärischen Lösungen aufkommt.“

Renke Brahms wisse, dass es derzeit nicht einfach sei, sich für eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten einzusetzen. „Es ist schade, aber auch bedenklich, dass diejenigen, die trotz aller unsäglichen Gewalt weiterhin auf eine friedliche Lösung setzen, belächelt oder sogar beschimpft werden.“ Aber das Eintreten für Gewaltlosigkeit sei nicht naiv, sondern Ausdruck der Friedensbotschaft Jesu Christi.

---

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!